

SP Kanton Zürich

Delegiertenversammlung vom 22. September 2009

Traktandum 2 – Rede des Parteipräsidenten

Wir sind die grösste aller grünen Parteien

Liebe Genossinnen und Genossen

Eine moderne Legende besagt, dass sich alljährlich die grössten Modeschöpferinnen und -schöpfer der Welt im Hinterzimmer einer kleinen Schneiderei in der Nähe des Mailänder Doms treffen und dort entscheiden, welche Farbe die nächste Modifarbe sein soll. Mit moderneren Legenden ist es bekanntlich so eine Sache: Meistens sind sie nicht wahr, dafür aber schön erfunden. In vielen Fällen steckt aber irgendwo ein kleines Körnchen Wahrheit drin.

Auch die Politik kennt ihre Modifarben, Farben die auf einmal von links bis rechts ungemein populär sind. Im Moment ist das ganz klar die Farbe Grün. Auf irgendeine Art wollen alle Parteien ein wenig Grün sein. Die Grünen sind – nomen est omen – natürlich grün. Die Grünliberalen sind auch grün. Zumindest solange, wie ihnen ihre finanzpolitische «Liberalität» nicht in die Quere kommt. Die Freisinnigen sind liberal-grün, was soviel heisst, dass bei ihnen ganz liberal alle Positionen Platz haben, selbst jene, die unter Ökologie das Bauen von Tunnels und Autobahnen verstehen. Sogar die SVP hat vor ein paar Jahren versucht, sich mit dem Begriff «aktivgrün» ein grünes Mäntelchen umzuhängen. Was sie mit «aktivgrün» genau gemeint hat, hat sie nie so recht erklären können, vermutlich auch, weil der Unterschied zwischen ihrem Anspruch, auch ein wenig grün zu sein, und der Wirklichkeit ihrer Politik, doch unüberbrückbar gross ist.

Die grösste aller grünen Parteien, liebe Genossinnen und Genossen, die grösste aller grünen Parteien ist aber die Sozialdemokratische Partei. Die SP vertrat grüne Positionen schon zu einer Zeit, als es noch keine Grünen gab, von Grünliberalen ganz zu schweigen. Vergleicht man das Abstimmungsverhalten in den Parlamenten, dann passt in praktisch allen grünen Fragen zwischen SP und Grüne kaum ein Blatt Ökopapier.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten mit Vehemenz dafür ein, dass natürliche Ressourcen wie Boden, Wasser und Luft gezielt geschützt werden. Dass dem Artenschutz mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird. Dass das Verursacherprinzip im Umweltbereich konsequent umgesetzt wird. Es kann nicht sein, dass jährlich Umweltkosten von 10 Milliarden Franken entstehen und diese durch die Allgemeinheit bezahlt werden müssen. Wir stehen deshalb ein für Lenkungsabgaben, auch weil sich gezeigt hat, dass «freiwillige» Massnahmen und Appelle nichts oder nur wenig bringen. Wir verlangen eine konsequente und gesetzlich verankerte Klimapolitik. Und eine Verkehrspolitik, die überregional auf den öffentlichen und lokal auf den Langsamverkehr setzt.

Und in der Energiepolitik haben wir eine klare Botschaft: Raus aus der Atomenergie, hin zu einer hundertprozentigen Versorgung durch erneuerbare Energien. Diesem Thema ist auch die heutige Delegiertenversammlung gewidmet. Die SP Kanton Zürich hat bei

Nationalrat Ruedi Rechsteiner eine Studie zur Frage in Auftrag gegeben, wie der Kanton Zürich seine Energieversorgung zu hundert Prozent auf erneuerbare Energien umstellen kann. Die Resultate wird er Euch anschliessend selber präsentieren. Nur so viel vorab: Durch die Förderung der Energieeffizienz und durch Investitionen in erneuerbare Energien ist eine Umstellung möglich. Übrigens nicht nur für den Kanton Zürich, sondern für die ganze Schweiz. Und das sage ich jetzt nicht einfach so als grüner Linker, zu diesem Schluss ist 2008 auch eine Studie des Wirtschafts-Think Tank «Avenir Suisse» gekommen. Was in unserem Land und auch in unserem Kanton fehlt, liebe Genossinnen und Genossen, ist einzig und allein der politische Wille. Noch immer dominiert das Kartell jener, die noch nicht begriffen haben, dass Atomkraftwerke ein «Bschiss» auf dem Buckel der kommenden Generationen ist, welche sich dereinst mit unserer strahlenden Hinterlassenschaft werden herumschlagen müssen. Und dieses Kartell zu knacken, das ist die Aufgabe der Zukunft.

Liebe Genossinnen und Genossen, ja, wir sind Grün. Aber wir sind das nicht einfach weil es Mode ist, sondern weil sich der Einsatz für ökologische Anliegen aus unseren tiefsten Überzeugungen als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ergibt. Eine sozial gerechte Welt, wie wir sie anstreben, kann nur eine Welt sein, welche im Interesse der Gemeinschaft mit natürlichen Ressourcen wie Boden oder Luft schonend umgeht. Eine friedliche Welt kann nur eine sein, welche für eine gerechte Verteilung von Wasser und Nahrungsmittel sorgt und so mithilft, dass Ursachen von Hunger, Armut und Krieg verschwinden.

Eine grüne Politik ohne sozialen Ausgleich ist nicht denkbar. Eine soziale Politik ohne ökologisches Bewusstsein ist nicht möglich. Grün bedingt Rot und Rot bedingt Grün – und wer diesen fundamentalen Zusammenhang nicht begriffen hat, und sich dennoch als Grüner bezeichnet, betreibt Etikettenschwindel, liebe Genossinnen und Genossen.

Ihr wisst es, liebe Genossinnen und Genossen, am 29. November wählen wir ein neues Regierungsratsmitglied. Klar ist, dass die SVP den Sitz ihrer zurücktretenden Regierungsrätin verteidigen will. Das ist ihr gutes Recht. Auch die Grünliberale Partei kandidiert für diesen Sitz. Auch das ist ihr gutes Recht. Was aber nicht ihr gutes Recht ist, ist für sich die Unterstützung all jener Kräfte zu reklamieren, welche ökologisch denken. Politik lässt sich nun mal nicht einfach nur auf ein Thema reduzieren, so wie dass die Grünliberalen im Moment tun.

Beschäftigen wir uns doch für einen kurzen Moment mit dieser Grünliberalen Partei. Grün tönt ja sympathisch und liberal ist je nachdem auf welchen Politbereich man sich bezieht, auch nicht a priori schlecht. Die Grünliberale Partei profitiert davon, dass sie von ihrem Namen her für viele Leute wählbar erscheint, durchaus auch für sozial eingestellte Menschen. Aber wo steht denn diese Partei wirklich? Was macht sie für eine Politik? Messen wir sie für einmal also nicht an ihrem Namen, messen wir sie an ihren Taten.

In Bern haben sich die grünliberalen Nationalratsmitglieder gegen die angesichts der Wirtschaftslage dringend nötige Verlängerung der maximalen Kurzarbeitszeitdauer auf 18 Monaten ausgesprochen. Bei der Beratung der Konjunkturpakete haben sie sich gegen jegliche kaufkraftstärkende Massnahmen gestellt. Bei SP-Vorschlägen, im Rahmen der Konjunkturpakete zusätzliche Mittel für den öffentlichen Verkehr oder für erneuerbare Energien zu sprechen, hat sich Nationalrat Bäumle, der angeblich so verlässliche grüne Politiker, der Stimme enthalten. Beim Rettungspaket für die UBS lehnte er es ab, die Staatshilfe an irgendwelche Bedingungen etwa bezüglich Bonipolitik zu knüpfen. In sozialpolitischen Fragen stimmen die Grünliberalen konsequent mit den bürgerlichen Parteien.

Im Kanton Zürich hat sich die GLP gegen die Einführung des Berufsbildungsfonds gestellt, sie hat sich gegen die Abschaffung der Pauschalbesteuerung gewehrt, sie hat eine Parlamentarische Initiative der SP für die Schaffung einer Härtefallkommission im Asylwesen abgelehnt, sie verlangt ganz auf SVP-Linie eine Sanierung des Staatshaushaltes über Plafonierungen, Sparpakete und auf dem Buckel des Personals.

In Dübendorf, wo Martin Bäumle als Stadtrat das Ressort Finanzen führt, hat die GLP zusammen mit den bürgerlichen Parteien die Abschaffung der Gemeindegewerbesteuer zu AHV und IV durchgesetzt und einen angemessenen Ausbau der familienergänzenden Betreuung hintertrieben. Sie hat beim Ausbau des Bahnhofs Stettbach für die günstigere, dafür weniger umweltfreundliche Variante gestimmt, und sich in Sachen Veloverkehr für einen total verwässerten Gegenvorschlag zu einer SP-Initiative ausgesprochen. Ausserdem betreibt der Finanzvorstand der Stadt Dübendorf eine Personalpolitik, die so manchen SVP-Stadtpäsidenten als gemässigt erscheinen lässt.

All diese Beispiele zeigen: Die Grünliberale Partei ist in Sozial-, Finanz- und Wirtschaftsfragen keine linke Partei. Sie ist in diesen Fragen auch keine gemässigte Partei der Mitte. Nein, sie ist eine Partei, die über weite Strecken eine knallharte bürgerliche Politik betreibt! Und für uns, liebe Genossinnen und Genossen, stellt sich die Frage: Wollen wir eine solche Politik unterstützen? Wollen wir eine solche Partei unterstützen? Mehr noch: Müssen wir eine solche Kandidatur einfach nur deshalb unterstützen, weil es gegen die SVP geht?

Ich meine: Nein! Es gibt eine Grenze für das, was wir unterstützen können und was eben nicht. Die allfälligen Überschneidungen in Umweltfragen machen den eklatanten Mangel dieser Partei für sozialen Ausgleich und finanzpolitisches Augenmass bei weitem nicht wett. Eine solche Politik können und wollen wir nicht unterstützen, egal ob nun SVP draufsteht oder GLP.

Wie Ihr wisst, haben wir letzte Woche die Grünen aufgefordert, für sozial und ökologisch denkende Menschen in diesem Kanton bei den Wahlen von Ende November eine echte Alternative zu bieten. Der Entscheid von gestern ist Euch bekannt: Die Grünen sehen zwar von der ursprünglich avisierten Unterstützung von Martin Bäumle ab, wollen aber gleichzeitig nicht mit einer eigenen Kandidatur antreten. Dieser Entscheid zeigt zweierlei: Erstens beklagen sich die Grünen zwar bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, bei Bunderats- oder anderen Wahlen, sie würden von der SP nicht genügend unterstützt. Wenn sie dann aber einmal die Unterstützung der SP ohne Vorbedingungen quasi frei Haus geliefert bekommen, ist es auch wieder nicht recht. Zweitens haben die Grünen im Moment ganz offensichtlich nicht den Mut, den Willen und die Kraft für ihre eigenen Überzeugungen zu kämpfen. Für uns stellt sich nun die Frage, ob wir in die Lücke springen wollen und sollen.

Ich weiss, auf den ersten Blick erscheint eine SP-Kandidatur nicht schlüssig, sind wird doch mit zwei Mitgliedern, mit zwei sehr guten Mitgliedern in der Regierung vertreten. Fakt aber ist auch: Eine Alternative für sozial und ökologisch denkende Menschen fehlt, weil die beiden bislang angekündigten Kandidaturen für uns schlicht nicht wählbar sind.

Und so stellt sich die Frage: Können wir in Zeiten, wo wir wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise vor grossen sozialen Herausforderungen stehen, in Zeiten, wo der ökologische Umbau der Gesellschaft mit aller Entschlossenheit vorangetrieben werden muss, können wir da unseren Wählerinnen und Wählern einfach sagen: «Tja, Pech gehabt, es sind beide Kandidaten nicht wählbar, bleibt am Besten zu Hause»? Sollen wir sagen: Es liegt nicht an uns, die Kohlen für die Grünen aus dem Feuer zu holen? Dass es keine valable Alternative für sozial und ökologisch denkende Menschen gibt, ist nicht

unsere Schuld, sondern die der Grünen? Oder müssen wir stattdessen sagen: Demokratie lebt von Auswahl und nicht von Abstinenz.

Wir sind und waren immer darauf stolz eine Partei zu sein, die nicht von oben herab regiert wird, sondern an der die Basis das Sagen hat. Ihr, liebe Delegierte, seid die Vertretung dieser Basis. Ihr wisst, was dort die Meinung ist. Wir werden deshalb heute mit einem speziell eingeschobenen Traktandum Euren Puls nehmen. Die zentrale Frage dabei: Soll die SP mit einer eigenen Kandidatur gegen SVP und GLP antreten. Falls Ihr dies bejaht, wird die Geschäftsleitung mit möglichen Kandidatinnen und Kandidaten Gespräche führen und Euch an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung, einen Vorschlag unterbreiten.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Herausforderungen der Zukunft sind in zentralen Feldern enorm, namentlich in sozialen und ökologischen Fragen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise ist noch lange nicht ausgestanden, die Arbeitslosenzahlen werden weiter steigen, der Druck auf die Sozialwerke von rechts weiter zunehmen. In der Umwelt-, Klima- und Verkehrspolitik droht ein Stillstand, weil einfach allzu viele noch immer nicht begreifen wollen, was auf dem Spiel steht. Hier muss es vorwärts gehen und zwar schnell.

Und damit es vorwärt geht, dafür braucht es eine starke SP, eine selbstbewusste SP, eine engagierte SP. Eine SP, die für ihre Anliegen einsteht und stolz darauf ist, was sie ist: Nämlich rot und grün.

Ich danke Euch!

Es gilt das gesprochene Wort!